

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Gleich-Duzender)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt Königsstadt, Nr. 4720.

Nr. 75.

Berlin, Mittwoch, 17. September 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Ein sozialpolitischer Bremsversuch. — Ein Ministerialerlass über die Crisisöfne. — Verband Deutschnationaler Arbeitervereine Deutschlands. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen.

## Ein sozialpolitischer Bremsversuch.

Die überstürzte kapitalistische und industrielle Entwicklung Deutschlands hat uns, wirtschaftlich und sozialpolitisch, rasch abkommen lassen von einem unbeschränkten Individualismus, von einer Lehre, einer Anschauung, die im letzten Grunde das Recht des Stärkeren proklamiert. So lange es sich in diesem wirtschaftlichen Kampfe um Einzelpersonen handelte, hatte diese Lehre gewiß noch etwas für sich; denn sie wollte im freien Wettstreit dem Kräftigeren, dem geistig und körperlich Tüchtigeren den Weg zum Aufstieg bahnen. Aber seitdem an die Stelle der Einzelpersönlichkeiten das unpersönliche Kapital, immer gewaltiger anjährend, getreten ist — in Aktiengesellschaften, in Gesellschaften mit beschränkter Haftung, in Genossenschaften u. a. m. — seitdem hat sich die Situation völlig verjohben. Man steht nicht mehr wider Mann im wirtschaftlichen Wettstreit, sondern die Persönlichkeit der Einzelnen gegen die Unpersönlichkeit des Kapitals, das an sich kein Interesse an dem einzelnen Menschen als sozialen Faktor hat. Aus diesem zu Ungunsten des Einzelnen als Arbeitnehmer irgend einer Art verschobenen Wirtschaftsverhältnisse haben sich allmählich zwei Abwehrerscheinungen, zwei Gegenströmungen ergeben: Die Fürsorge des Staates, d. h. der Gesamtheit für den Einzelnen sowie seine Persönlichkeit, die geistig und körperlich durch das unpersönliche Kapital, in der Industrie vorwiegend, erdrückt zu werden droht; zum anderen die Selbsthilfe des Einzelnen durch den Zusammenchluss mit anderen in Organisationen. Dem Staate also fällt die Aufgabe einer fortschreitenden sozialen Gesetzgebung zu, während die Organisationen auf den wirtschaftlichen Aufstieg ihrer Berufsgruppen bedacht sind, wenn auch im Reides-falgereich und im Hausarbeits-gelieb vom Reich bereits die ersten schüchternen Versuche gemacht wurden, diese Grenzen zu verwischen und regelnd in die Wohnverhältnisse einzugreifen.

Wenden wir uns heute der besonderen Aufgabe des Staates zu, durch einen immer weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung die Freiheit, das Recht und die Gesundheit des Einzelnen und damit die Wohlfahrt und das Fortwobehen der Gesamtheit zu gewährleisten.

Wir wissen aus der politischen Geschichte des vorigen Jahrhunderts, daß zurzeit der völlig unbeschränkten Gewerbefreiheit ein blühender Niedergang der Riffer der Militärdienstlichen in den Industriegebieten des Westens den preussischen Staat stützte machte, daß von da die ersten Anfänge unserer modernen Sozialpolitik berriehen, die mit der geistlichen Einchränkung der Minder- und Frauenarbeit eintriken. Auf diesem Grunde haben wir dann, Jahrzehnt für Jahrzehnt, langsam weiter gebaut. Eine Novelle zur Gewerbeordnung ist der anderen gefolgt, und heute überwinden die zahlreichen Novellen die eigentliche Gesetzesmaterie schon so sehr, daß eine neue Modifikation dieser hundertfach durchrückerten Gewerbeordnung ein fast noch dringenderes Gebot der Notwendigkeit geworden ist, als es die Zusammenfassung unseres staatlichen Verordnungswezens in der Reichsverordnungsordnung war. Dann könnte dabei gleich noch so manche sozialpolitische Forderung gebrüit

werden, die schon lange von den beteiligten Kreisen und von der Wissenschaft erhoben worden ist. Tabu gehört nicht zuletzt eine Erweiterung des Begriffes der jugendlichen Arbeiter.

Uns hat keineswegs der Zufall dazu geführt, diese Frage anzudeneiden, sondern zweierlei Vorgänge: der Rückgang der Geburtenziffer und die gerade jetzt in Bern tagende internationale Arbeiterichukonferenz, der man bereits vorgeschlagen hat, den jugendlichen Arbeitern bis zum achtzehnten Lebensjahre die industrielle Nachtarbeit zu verbieten.

Betrachten wir zunächst das erste Moment, den Rückgang der Geburtenziffer. An der Tatsache selbst läßt sich nicht rütteln. Die Zahl unserer Geburten geht gegenüber den früheren Jahrzehnten langsam zurück. Nur über die Ursachen oder, richtiger, alle Ursachen sind wir uns nicht klar. Voriänfig sind, hier und dort, folgende aufgedeckt worden: die herrschenden Feuerungsverhältnisse, die es dem Einzelnen bedenklich erscheinen lassen, seine Familie aufs Geratewohl zu vergrößern; der Mangel, den Kindern eine gute Erziehung und eine bessere körperliche Pflege angeheben zu lassen; die Sorge ganz allgemein, durch eine zu große Familie sein eigenes Stukturbau, seinen durch so manchen bitteren Lohnkampf mühevoll erhöhten Lebensstand wieder herabzudrücken; der mühselose Erwerb von Verhütunasmitteln, die es dem Einzelnen ermöglichen, seine Abicht, den Geburten von vornherein eine Grenze zu setzen, zu verwirklichen; die Zurück dieser Frauen, vor allem der erwerbstätigen, vor der zeitweiligen Schwächerung des Einkommens; fortgesetzte körperliche Ueberanstrengung der Jugendlichen als Arbeitnehmer und endlich noch Alkohol und Geschlechtskrankheiten als degenerierende Faktoren.

Für uns kommen im Rahmen dieser Betrachtung nur die drei letzten Punkte in Frage.

Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren in den maßgebenden Regierungskreisen das Verständnis für die Zu- und den Nachwuchs unseres Volkes, gewachsen, in körperlicher Hinsicht fast noch mehr als in geistiger. Alle nützlichen Jugendvereinigungen und Jugendgruppen — Turn- und Sportvereine, Jungdeutschland, Pfadfinder, Wandervogel — sind rasch emporgeschossen, um die Jugend geistiglich zu stärken. Nicht zuletzt sind diese Bestrebungen als eine Gegenwehr gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen entstanden. Gleichzeitig hat man den Gedanken der Fortbildungsschule weiter ausgedehnt. Ja, man spricht auch schon davon, die Kinder erst ein Jahr später, also im siebenten Lebensjahre, in die Volksschule treten zu lassen, um sie dafür aber zwei Jahre länger, bis zum sechzehnten Lebensjahre, darin zu behalten. Der Jugendichuk macht somit unleugbare Fortschritte.

Wie verhält es sich aber mit alledem, wenn die Reichsregierung unlängst durch allerbund Zeitungsfreipressendensen offiziös erklären ließ, sie denke (gegenüber anderen Nachrichten) nicht daran, das der internationalen Arbeiterichukonferenz in Bern vorgeschlagene Verbot der industriellen Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum achtzehnten Jahre zu unterstützen? Sie siehe auf dem Standpunkte, daß die Ausdehnung des in Deutschland geltenden weitgehenden Jugendschutzes vom sechzehnten bis zum achtzehnten Lebensjahre weder aus wirtschaftlichen Gründen durchführbar, noch aus gesundheitlichen Rücksichten notwendig sei. Sie wurde sich daher

diesem Programm-Punkte gegenüber entschieden ablehnend verhalten.

Man kann es mit dem beschränkten Untertanenverstande einfach nicht begreifen, wie die Regierung auf der einen Seite einem weitgehenden Jugendschutze das Wort redet und auf der andern Seite sich gegen die Aufhebung der Nachtarbeit für die jugendlichen Arbeiter bis zum achtzehnten Lebensjahre sträubt. Darin liegt doch keine Logik! Umge weniger, als sogar noch alle Einwendungen gesundheitslicher Natur als nicht stichhaltig zurückgewiesen werden. In Wirklichkeit ist in dieser ablehnenden Haltung weniger die Regierung selbst die treibende Kraft als eine gewisse Industriellen-Gruppe, die schon so häufig dem Reichsausschusse des Innern oder den entsprechenden Ministerien Knüttel zwischen die Beine geworfen hat. Wir erinnern bloß an die letzte Novelle zum preussischen Bergarbeiterichukgesetz.

Untersuchen wir einmal das gesundheitliche Moment, an unsere Erörterungen über den Rückgang der Geburten wieder anknüpfend. Wer sich nur ein wenig seiner eigenen Jugend erinnert, weiß, daß gerade in der Zeit vom sechzehnten bis zum achtzehnten Lebensjahre die körperliche und geistliche Entwicklung, fast sich überstürzend, rasch voran schreitet. Alles drängt, mitunter explosiv, vorwärts. Wenn dieser wichtige Lebensabschnitt der erwachenden Mannbarkeit, in dem der größte Teil der Energie von Körper und Geist zum eigenen Aufbau und Ausbau zum harmonischen Aussehen verbraucht wird, durch die gesundheitlich unzutragliche und körperlich überanstrengende Nachtarbeit ausgefüllt wird, dann wird Raubbau an unserem Nachwuchs getrieben. Dann ist jedes weitere Wort vom Jugendschutz nur Praja. Ein sechzehn-, siebzehnjähriger Mensch, der nachts im lärmenden Industriegetriebe tätig sein muß, entkräftet seinen Körper, ruiniert seine Nerven. Und nicht nur das. Die Nachtarbeit hat für die Jugendlichen auch sonst Begleitererscheinungen, die alles eher als begrüßenswert sind. Alkohol und Geschlechtskrankheiten sind zwei solcher Dinge, die, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar mit der Nachtarbeit zusammenhängen. In einigen, ganz besonders gesundheitschädlichen industriellen Betrieben, so in der Fabrikation von Thonmassen und Bleifarben, in Zinn- und Glasbläsen ist durch Bundesratsverordnungen auch bereits ein Verbot der Nachtarbeit für Arbeiter bis zum achtzehnten Lebensjahre ausgesprochen. Warum will man dieses Verbot jetzt, wo sich eine so günstige Gelegenheit dazu bietet, nicht ganz allgemein anordnen?

Unser Rationalfreidum besteht nicht in erster Linie aus Geld, Bodenerzeugnissen und Waren, sondern aus Menschen. Sie sind die Grundlage. Je geünder sie sind, umso geünder, gesünder ist auch der Grund, auf dem unser Volk steht und wächst, umso größer ist unser Nationalfreidum. Die Waren im weitesten Sinne, das Geld usw. kommen erst in zweiter Linie. Sie sollen unsere Bedürfnisse befriedigen. Es wäre nun falsch, wenn wir einen Teil unseres Volkes und gerade den besten, unsere Jugend, körperlich schädigten, um gewisse Produkte etwas billiger herstellen zu können. Das ist alles andere als eine rationale Volkswirtschaft. Ein Teil der Menschen würde — kraß ausgedrückt — vom anderen zehren.

Aber auch von einem anderen Standpunkte aus ist die ablehnende Haltung der Reichsregierung völlig unverständlich, vom moralischen. Deutschland war es vor über zwei Jahrzehnten, das die Anregung zu internationalen Arbeiterichukonferenzen gab, und daselbe Deutschland will sich jetzt, einflussreichen Interessengruppen nachgebend, zurückziehen und in

einer so wichtigen Frage nicht mehr mitmachen? Man entschloß sich in einer bisher wenig beachteten offiziellen Auslassung damit, daß die internationalen sozialpolitischen Abmachungen sehr fragwürdiger Natur seien, da es verschiedene Staaten mit einem weniger erft arbeitenden Verwaltungsapparate als Deutschland mit der Durchführung der Vereinbarungen nicht so genau nähmen und so rein rechnerisch-wirtschaftlich gewertet, gegenüber den anderen im Vorteil seien. Wenn man sich auf eine solche Position zurückzieht, wenn man solch grundsätzliches Mißtrauen an den Tag legt, dann ist eine weitere Regelung unseres internationalen Lebens auf rechtlicher Grundlage überhaupt nicht mehr möglich. Dann ist jede Treue, jeder Glauben erschüttert und jedes ethische Moment ausgeschaltet. Warum, muß man sich dann aber andererseits fragen, hat die Reichsregierung sich denn nicht von demselben Mißtrauen tragen lassen, als sie unlängst die Literatur-Konvention mit einem gewiß unjüdischen Kantonsisten wie Anshand und dergl. m. abschloß? Ist ideint's ja, als ob die Regierung sich nur hinter dieser Ausflucht verbergen will, um ihre wahren Beweggründe nicht dem grellen Lichte der Öffentlichkeit preiszugeben.

Wenn aber dieses Mißtrauen gerade gegenüber der Durchführung sozialpolitischer Vereinbarungen doch einen Schein von Berechtigung hat, dann braucht man noch keineswegs die Folgerungen daraus ziehen, die die Reichsregierung leitet. Man braucht ja nur gewisse Garantien zu verlangen. Eine solche wäre z. B. ein jährlicher Austausch von Berichten der einzelnen Länder über die Durchführung der internationalen Abmachung, die Zahl der ausnahmsweisen Befreiungen usw. Das könnte alles durch eine Zentrale in Bern geschehen. Die Reichsregierung sollte es sich daher wohl überlegen, ob sie ihren sozialpolitischen Bremsversuch aufrecht erhalten kann und ihr soziales Gewissen belastet.

### Ein Ministerial-Erlaß über die Ortslöhne.

Die Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, Domänen und Forsten haben am 18. August gemeinsam einen Erlaß über die Festsetzung der Ortslöhne an die preussischen Regierungspräsidenten herausgegeben.

Nach Artikel 1 der Kaiserlichen Verordnung vom 5. Juli 1912 treten am 1. Januar 1914 die Vorschriften der §§ 149 bis 152 der Reichsversicherungsordnung über die Festsetzung der Ortslöhne in Kraft. Die Maßnahmen, die erforderlich sind, um diese Vorschriften zu diesem Zeitpunkt in Wirksamkeit treten zu lassen, sind sofort in Angriff zu nehmen. Die jetzt festgesetzten Ortslöhne gelten für das Jahr 1914; nach § 151 ist alsdann für einen weiteren Zeitraum von vier Jahren, am 1. Januar 1915 beginnend, eine Neu festsetzung vorzunehmen. Bei der nach § 149 Abs. 2 vorgeschriebenen Anhörung der Vorstände der beteiligten Krankenkassen ist zu beachten, daß Krankenkassen, deren Auflösung oder Schließung zum 31. Dezember 1913 rechtskräftig feststeht, nicht mehr als beteiligt anzusehen sind. Dagegen sind die Vorstände der neu zu errichtenden allgemeinen Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen, sofern sie schon gewählt sind, zu hören.

Bei Festsetzung der Ortslöhne ist nach folgenden Grundregeln zu verfahren:

1. Für jeden Bezirk müssen wenigstens sechs Lohnsätze festgestellt werden, und zwar für Männer unter 16 Jahren, für Männer von 16 bis zu 21 Jahren und für Männer über 21 Jahren, ferner für Frauen unter 16 Jahren, für Frauen von 16 bis zu 21 Jahren und für Frauen über 21 Jahren. Für Bezirke, in denen die Wohnverhältnisse der unter 16 Jahren alten gewöhnlichen Tagelöhner (Jugendlichen) erhebliche Verschiedenheiten aufweisen, je nachdem es sich um „junge Leute“ zwischen 14 und 16 Jahren oder um „Kinder“ unter 14 Jahren handelt, sind getrennte Festsetzungen zulässig, wobei dann wiederum zwischen Männern und Frauen zu unterscheiden ist. Lehrlinge zählen zu den „jungen Leuten“ (RVO. § 150 Abs. 1 und 2). Hiernach dürfen für die einzelnen Bezirke insgesamt acht Festsetzungen getroffen werden; weitere Unterscheidungen sind nicht zulässig.
2. Der Ortslohn ist in der Regel einheitlich nach dem Durchschnitt für den ganzen Bezirk jedes Versicherungsamts festzusetzen. Ausnahmen sind hiervon nur dann zulässig, wenn die Lohnhöhe in einzelnen Ortschaften oder zwischen Stadt und Land erheblich abweicht (RVO. § 150 Abs. 3).

3. Bei der Festsetzung ist nur der Tagesentgelt solcher Beschäftigten zugrunde zu legen, welche Arbeiten, die eine besondere Vorbildung oder besondere technische Fertigkeiten nicht erfordern, als gewöhnliche Tagelöhner verrichten. Es scheiden dabei also insbesondere alle sogenannten gelernten Arbeiter aus. Arbeiter, die in einem festen, für längere Zeit abgeschlossenen Dienstverhältnis zu einem bestimmten Arbeitgeber stehen, können als „gewöhnliche Tagelöhner“ in der Regel nicht angesehen, bei Ermittlung der hier in Betracht kommenden Lohnsätze also nicht mitberücksichtigt werden. Der Lohn von Lehrlingen bleibt außer Ansatz, weil Lehrlinge keine „gewöhnlichen Tagelöhner“ sind. Wenn das Gesetz vordreht, daß Lehrlinge zu den jungen Leuten zählen, so bezieht sich dies nur auf die Anwendung der festgesetzten Sätze und nicht auf die Festsetzung selbst.

4. Die Ortslöhne sind nach Maßgabe des Tagesentgelts festzusetzen, der den gewöhnlichen Tagelöhnern (Ziffer 3) tatsächlich gewährt zu werden pflegt. In solchen Bezirken, wo der Tageslohn in den einzelnen Jahreszeiten verschieden ist, sind die wirklichen Tagesentgelte für 300 Werkstage zusammenzugählen und durch 300 zu teilen.

5. Dem in barem Gelde gewährten Gehalt oder Lohn ist der Wert der Gemeinnanteile, Zuschüsse und anderen Bezüge (Trinkgelder, Kostgelder, Anfuhrunterstützungen für Lehrlinge, Beförderung usw.) hinzuzurechnen, die der gewöhnliche Tagelöhner, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem dritten erhält (RVO. § 160). Auf längere Dauer berechnete Sachbezüge, wie freie Wohnung, Ackerung usw., werden hierbei selten in Betracht kommen, weil diese in der Regel nur für Arbeiter in ständigen Dienstverhältnissen gewährt zu werden pflegen. Der Wert der Sachbezüge ist nach den durchschnittlichen Ortspreisen (RVO. § 160 Abs. 2) zu berechnen und nach einem Jahresdurchschnitt zu schätzen. Den barem Lohn haben die Gemeindebehörden getrennt von dem Werte der Sach- und anderen Bezüge anzugeben.

Die Festsetzungen des Ortslohnes sind durch das Regierungsamtsblatt und durch die zur Veröffentlichung von Bekanntmachungen der Versicherungsämter bestimmten Blätter zu veröffentlichen, dabei ist darauf hinzuweisen, von welchem Tage ab die neuen Sätze gelten.

Unser Ortsverbände tun ant. sich um die Festsetzung der Ortslöhne zu bestimmen und entsprechende Anträge an die Orts- bzw. Kreisbehörden zu machen. Die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Ortslöhne nicht zu niedrig angesetzt werden.

### Verband Deutschnationaler Arbeitervereine Deutschlands.

Unter diesem stolzen Namen hat sich eine neue Organisation gebildet, die den Beruf haben will, alle nationalen Arbeiter in sich zu vereinigen. Gründer dieses neuen Verbandes ist der bekannte und vielseitige Herr Pastor Richter, Königswalde i. Erzb. Die deutsche Arbeiterbewegung hat also eine weitere Zersplitterung erfahren. Daß dieses nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt, sollte eigentlich auch Pastor Richter wissen. Die Zersplitterung in der deutschen Arbeiterschaft hat unter der nationalen Flagge einen derartigen Umfang angenommen, daß es eine direkte Schädigung der betr. Kreise bedeutet, wenn immer wieder Sonderbindungen betrieben werden. Dadurch werden die Arbeiter mißtrauisch und glauben nicht mehr an die Unzweckmäßigkeit dieser Gebilde. Das scheint bei der Richterschen Gründung ganz besonders der Fall zu sein. Pastor Richter verläßt mit allen Mitteln seine Position in der Öffentlichkeit zu wahren, nachdem er so wenig Anerkennung in der evangelischen Arbeiterbewegung bei seinen Geldgebenden Protektoren gefunden hat. Es ist allgemein bekannt, daß Pastor Richter mit viel Energie bestrebt war, die evangel. Arbeitervereinsbewegung unter seine Führung zu bringen. Dabei war er kein eigentlicher Freund der Gelben und christlichen Gewerkschaften. Sein Ziel war, die evangelischen Arbeiter in Vereine zu sammeln und sie als Sturmkolonne gegen die Sozialdemokratie zu gebrauchen.

Das Talent, welche er dieser Aufgabe widmete, konnte jedoch den Zusammenbruch derselben nicht verhüten. Die Arbeitgeber, welche die Geldgeber waren, sahen keine Erfolge. Wo hatte

es keinen Zweck! Dazu kamen Differenzen mit ersten Spitzen der sogenannten reichstreuen (südrich gelben) Arbeitervereine, die den Sieg über Richter davontrugen. Bekannt ist die gemeinsame Sitzung in Halle, wo Pastor Richter seine „Großklappen-Theorie“ entwickelte und wonach der Vorstand des evangel. Landesvereins in Sachien merkbar von ihm abrückte. Doch Pastor Richter wußte sich zu helfen. Um nicht ganz zu unterliegen gründete er unter Mithilfe seiner noch vorhandenen Anhänger eine neue Arbeiterorganisation, den Verband deutschnationaler Arbeitervereine Deutschlands. Dieser Verband ist weder reich noch reichlich.

Die Durchführung beruflicher Interessen soll zunächst in Gemeinschaft mit anderen Organisationen, die auf „gleichem“ Boden stehen, wahrgenommen werden. Niemals aber in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften. Dieses Verbot drückt der ganzen Gründung den Stempel auf. Es ist im heutigen Wirtschaftsleben zum größten Teil ausgeschlossen, daß eine einzelne Organisation eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft herbeiführen kann. Wenn die Forderungen berechtigt und durchführbar sind, muß die Arbeiterschaft einig und geschlossen vorgehen, sonst sind die Arbeiter die Leidtragenden. Aber dieses ganze „Streitreglement“ scheint nur ein Reiz zu sein, um nicht als gelbe Organisation zu gelten. Ernstlich denkt man wohl gar nicht an einen Streik. Auch die ungemene hohe Unterstützung (für 75 Pfa. Wochenbeitrag nach 2jähriger Mitgliedschaft 37 Mk. Streikunterstützung), die sich ja auch gar nicht durchzuführen ließ, ist darauf zurückzuführen. Die „Grenzmittelglieder“ werden schon dafür sorgen, daß diese Unterstützungen hübsch auf dem Papier stehen bleiben und nicht mit der Praxis bekannt werden.

Der Organisator legt nun seine ganze Kraft ein, um für diese neue Organisation Boden zu gewinnen. Namentlich in Sachsen und Bayern sucht man Anhänger zu bekommen. In Bayern wurden die liberalen Arbeitervereine mobil gemacht und die Herren Sekretäre mußten tüchtig agitieren. Mit Vorliebe beklagt man die Textilarbeiter mit dieser neuen Erfindung und sucht zunächst in den Reihen der Gewerkschaften Stimmung dafür zu machen. Selbstverständlich ohne Erfolg, denn unsere Mitglieder haben den wahren Wert dieser Organisation rechtzeitig genug erkannt. Die Arbeitgeber scheinen die Bewegung zu unterstützen, denn sie sehen darin ein Hilfsmittel gegen die radikalen Gewerkschaften. Die Agitation wird von Herrn Pastor Richter mit seinen Sekretären in großem Umfange betrieben. Die junge Organisation muß demnach schon über ziemlich viel Geld verfügen. Doch wie lange wird sich der Klingelbeutel noch füllen?

War denn aber diese Neugründung nötig? Die Deutschen Gewerkschaften haben seither immer ihre eheliche nationale Gewinnung betätigt und die Interessen der Arbeiterschaft energisch vertreten und dabei auch einen Kampf mit der Sozialdemokratie und den sinnverwandten freien Gewerkschaften nicht scheut. Also diese Grundlage war in den Deutschen Gewerkschaften schon vorhanden. Aber Herr Richter scheint noch ein anderes Ziel zu verfolgen, nämlich den Wünschen der Arbeitgeber auf eine ruhige Organisation, die den Herren nichts schadet, entgegen zu kommen. Damit hat sich Herr Pastor Richter das „Verdienst“ erworben, um einen Versuch, die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung durch eine weitere Zersplitterung herabzudrücken. Ueber den Versuch wirds nicht hinauskommen! R. R.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 16. September 1913.

An sämtliche Ausführglieder der Ortsvereine richten wir hiernit das dringende Ersuchen, angeichts des bevorstehenden Quartalswechsels darauf bedacht zu sein, für das Verbandsorgan neue Leser zu gewinnen. Die fühlere Jahreszeit hat in der Regel auch ein regeres Vereinsleben zur Folge. Diese Zeit muß zur Agitation ausgenutzt werden. Dabei gilt es nicht allein, neue Mitglieder zu gewinnen, sondern auch die neu gewonnenen mit untern Bestrebungen vertraut zu machen und in unsere Ideen zu vertiefen. Das kann am wirksamsten geschehen, wenn das Verbandsorgan recht viel gelesen wird.

Man soll diese Waffe im Kampfe für unsere Bewegung und gegen unsere Gegner nicht unterschätzen. Das Organ ist das beste Rüstzeug. Es

unterrichtet aber auch über alle Vorgänge, die sich in unsem sozialpolitischen Leben abspielen. Parlamentarische Verhandlungen, soweit sie die Arbeiterverhältnisse betreffen, finden eine eingehende Behandlung vom Standpunkte unserer Organisation. Da wird es also im Winterhalbjahr an interessantem Material nicht fehlen. Die Hauptsache aber ist, daß dieses Material zur Agitation den Kollegen auch zugänglich gemacht wird. Daraus entspringt unsere Mahnung an sämtliche Ausschußmitglieder, darauf zu achten, daß in jeder Vereinsitzung das Abonnement auf den „Gewerksverein“ empfohlen wird. Der geeignetste Weg, neue Abonnenten zu werben, ist vielleicht der, daß ein tatkräftiger und eifriger Kollege damit beauftragt wird, in den nächsten Sitzungen einzeln an die Mitglieder heranzutreten und sie zum Abonnement aufzufordern. Zweckmäßig ist es, wenn derselbe gleich die Adressen aufschreibt, sich das Abonnementgeld auszahlen läßt und selbst die Bestellung bei dem zuständigen Postamt macht.

Es ist im Interesse unserer gemeindefachlichen guten Sache, daß dieser unser Appell recht lebhaften Widerhall findet. Die Ausschußmitglieder haben die Pflicht, in unserm Sinne zu wirken; der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn sie daran in jeder Sitzung denken.

**Soziale Medizin und Ärzte.** Wer mit der Vertretung von Arbeiterverderungsfragen befaßt ist, der wird die Beobachtung gemacht haben, daß zahlreiche Aerzten jede Kenntnis der gesellschaftlichen Verhältnisse und mit als Folge davon jedes soziale Verständnis abgeht. Das führt oft zu den sonderbarsten Gutachten. Beschriebentlich sind Verträge gemacht worden, dem Lebel abzuhelfen. Jetzt verbreitet eine offiziöse Korrespondenz die Mitteilung, daß auch die Reichsregierung sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß eine ausgiebigere Beschäftigung mit der sozialen Medizin für unsere Aerzte heute eine Notwendigkeit ist. Es besteht deshalb die Absicht, die vom Bundesrat erlassene Prüfungsordnung für Aerzte dahin abzuändern, daß den Medizinern eine Beschäftigung mit der sozialen Medizin zur Pflicht gemacht wird. Darunter fallen folgende Gebiete: Die Arbeiterversicherung, die Versicherungsmedizin, die gewerbliche Gesundheitspflege und die verschiedenen Gebiete der gesundheitlichen Fürsorge, wie a. B. die Krüppelfürsorge, die Tuberkulosefürsorge, die Säuglingssterblichkeit usw. Es sind in Verbindung mit den Universitäten Ermittlungen angestellt worden, ob die Errichtung besonderer Lehrstühle hierfür angebracht erscheint. In ihrer Mehrheit haben sich die Universitäten dahin ausgesprochen, daß das medizinische Studium bereits derartig mit Pflichtvorlesungen belegt ist, daß eine weitere Vermehrung derselben nicht annehmbar wäre. Deshalb wird beabsichtigt, die Berücksichtigung der sozialen Medizin in das praktische Jahr zu verlegen, das jeder junge Arzt durchmachen muß. Eine diesbezügliche Aenderung der Prüfungsordnung ist von der Reichsregierung aufgestellt und den Bundesregierungen zur Begutachtung zugegangen. Hoffentlich wird die Angelegenheit recht beschleunigt! Es besteht nämlich kein Zweifel, daß wie schon angedeutet, die mangelnde Kenntnis der sozialen Gebeie einer der Hauptgründe ist, daß häufig von den Aerzten Gutachten und dergl. angefertigt werden, für die in der Arbeiterschaft jedes Verständnis fehlt.

**Weitere Verteuerung der Lebensmittel?** Wie unseren Agrariern, erwidert den mit ihnen verbundenen Gärtnern die Lebenshaltung des deutschen Volkes noch als viel zu billig. Neben den zu niedrigen Obstpreisen haben es den letzteren namentlich die Gemüsepreise angetan, die heute wenigstens noch so sind, daß sich auch der Minderbemittelte hin und wieder den Genuß einer kräftigen Gemüsekost leisten kann. Das soll anders werden. Wenn die Springe durch einen Zoll verteuert werden sollen, warum nicht auch das Gemüse? Und deshalb verlangen sie eine Erhöhung des Zolles für Kartoffeln, Weißbrot und Wirkungsstoff von 2,50 Mk. auf 3 Mk. für den Doppelgärtner und einen Zoll von nur 20 Pf. auf Blumenkohl, Rosenkohl, Karotten, Spargel, Tomaten, die jetzt zollfrei eingehen. Auch andere Gemüsearten sollen durch Zölle im Preise aufsteigert und Frühgemüse ebenso wie Frühkartoffeln mit besonders hohen Zöllen belegt werden. Die Gärtner werden bei der Mehrheit des Reichstages hoffentlich kein Gehör mit ihren Wün-

schen finden; bezeichnend ist es aber, daß sie sich überhaupt mit dergleichen Verteuerungsgelüsten, von denen die notwendigsten Nahrungsmittel betroffen werden, an die Öffentlichkeit wagen.

**Arbeiterbewegung.** Die Aussperrung auf den „Brennaborwerken“ in Brandenburg a. S. die sich auf etwa 2000 Arbeiter erstreckt, dauert noch fort. Die Firma selbst leidet offenbar schwer darunter, denn sie sucht in verschiedenen Zeitungen Arbeiter, die sie anstelle der bisherigen Beschäftigten will. Hoffentlich sind diese Bemühungen vergeblich! — Bei der Aicherslebener Maschinenbau-Aktiengesellschaft haben die Former die Arbeit niedergelegt, weil man ihnen ein neues Aktienbillet ausdrücken wollte. Als darauf die Firma auswärtige Arbeiter einzustellen versuchte, traten etwa 600 Schlosser und Dreher in den Ausstand. — In der Pelzbranche zu Berlin nimmt der Kampf seinen Fortgang, weil die Arbeiter und auch die Zwischenhändler die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse als nicht ausreichend zurückgewiesen haben.

In Dublin hat sich die Streiklage noch verschärft, da die Unternehmer, die etwas Entgegenkommen zu zeigen scheinen, plötzlich wieder anderer Meinung geworden sind. Eine Aussperrung folgt der andern, wodurch die Erregung natürlich noch gewachsen ist. — In London befanden sich seit einiger Zeit etwa 7000 Malergesellen im Ausstande. Dieselben haben sich jetzt mit den Unternehmern geeinigt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Durch die **Zentrumsprelle** geht ein Angriff auf die Gewerksvereine, daß sie ihre Neutralität verlebt hätten mit dem Artikel von Dombrowski über „Die Phraze vom Gebärstreik“ in Nr. 71 des „Gewerksverein“ vom 3. September. Schon die Heberdrift zeigt, gegen wen der Artikel gerichtet ist. Wer den Aufsatz im ganzen liest und nicht bloß das aus dem Zusammenhang gerissene Zitat, wird erkennen, daß es dem Verfasser keineswegs an dem nötigen Maß sittlichen Ernstes gefehlt hat. Was Dombrowski sagt, ist keine Schamlosigkeit, sondern nur eine Feststellung von Tatsachen. Für das Zentrum ist es allerdings peinlich, daß der Artikel in „Gewerksverein“ auch feststellt, wie der Geburtenrückgang in erster Linie auf die Steigerung der Lebenskosten zurückzuführen ist, und für diese Verteuerung trägt das agrarische Zentrum die Hauptschuld. Die Verhandlungen auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß zu Köln a. Rh. unmittelbar nach Genehmigung der erhöhten Zölle auf Brot und Fleisch durch das Zentrum, liegen erkennen, wie peinlich es den katholischen Arbeiterführern war, daß sie die Verteuerungspolitik des Zentrums mit verantworten mußten. Wenn also in der Frage des bedauerlichen Geburtenrückganges etwas Schamloses ist, dann ist es die zum Himmel schreiende Tatsache, daß das Zentrum mit dem von ihm mitbetriebenen Brot- und Fleischmischer die Schuld trägt an dem Unheil, das die Nation im Geburtenrückgang trifft. Die sittlich entrißene Zentrumsprelle hat alle Urkräfte, sich reumütig an ihre Brust zu schlagen: *Mea culpa, mea maxima culpa!*

**Aus der belgischen Spinnenindustrie.** Brüsseler Spinnen sind bekanntlich ein Luxusartikel, den sich nur reiche Frauen leisten können. Sie geben dafür recht beträchtliche Summen aus, im Gegensatz zu den Beträgen, die den Herstellerinnen der Spinnen für ihre Arbeit gezahlt werden. Nach einem vom belgischen Arbeitsministerium herausgegebenen Werk ist die Spinnenindustrie fast ausschließlich Heimarbeit, was ihre Verbreitung in rein landwirtschaftlichen Gebieten erklärt. Die Mehrzahl der Fabrikanten dagegen hat ihren Sitz in Brüssel. Da in den einzelnen Landesteilen nur jeweils eine Art von Spinnen gemacht wird, bedienen sie sich für den Verkehr mit den Arbeiterinnen einer großen Anzahl von Mittelsperionen, die die Aufträge vergeben und auf Vorrat hergestellte Waren von den Arbeiterinnen aufkaufen. Die Konkurrenz dieser Vermittler könnte wohl einen gewissen Schutz gegen Volkrund bilden; die Konkurrenz der isolierten Arbeiterinnen wirkt dem jedoch meist entgegen. Auch der geringe Verdienst erwidert den Frauen unannehmbar; handelt es sich doch vielfach, selbst wo die Frauen den ganzen Tag tätig sind, nur um einen Zuschuß zum Verdienst des Mannes; ferner führt die Pietät zur Beibehaltung der altüberkommenen Frauenarbeit.

Die Lage der alleinlebenden Arbeiterin ist deshalb sehr schlecht. In dieser Industrie, die einen hohen Grad von Geschicklichkeit verlangt, sind Stundenlöhne von 3, 4, 5 Centimes (5 Centimes

= 4 Pfg.) nicht selten. Die Entlohnung geschieht immer stückweise; der oft im voraus schwer zu berechnende Preis wird schon bei der Bestellung unter heftigem Geilischen festgesetzt. Ist der Vermittler nachher mit der Ware nicht ganz zufrieden, so werden noch Abzüge gemacht. Verschlimmert wird die Ausbeutung bisweilen noch durch das Trugschneitem; der Vermittler treibt zugleich Handel mit den notwendigsten Lebensmitteln und veranlaßt die arme Spinnenarbeiterin zur Entnahme von Waren auf Vorkauf, wodurch er schrankenlose Verfügung über ihre Arbeitskraft erhält. In jedem Falle läßt der Vermittler durch Lieferung des Garnes zu hohem Preise, den die Arbeiterin erst bei der Ablieferung der Ware vergüten kann, einen gewissen Druck aus.

Das sind überaus traurige soziale Zustände, die das Glend in der deutschen Heimindustrie noch weit hinter sich lassen.

**Die Festsetzung von Mindestlöhnen für die Landarbeiter** ist ein Gebaute, der für sich das englische Parlament beschäftigt hat. Der eingebrachte Antrag verspricht sich von einer derartigen gesellschaftlichen Maßnahme eine Einschränkung der immer stärker werdenden Landflucht. Vielfach war nämlich schon im letzten Frühjahr das Angebot an Arbeitskräften so gering, daß große Landbesitzer sich gezwungen haben, die Arbeitseinstellung einzuschränken. Der Hauptgrund für diese Erdeinigung liegt in dem Wohnungsmangel auf dem Lande. Die jetzt vorhandenen Arbeiterhäuser gehören fast durchweg den Grundbesitzern. Zum Bau eigener Häuser oder zur Bezahlung eigener Wohnungen ist das Einkommen der Landarbeiter zu gering; verdienen dieselben doch nach Angabe der Unternehmer einschließlich der Naturalbezüge in der Woche etwa 17½ Mark und vielfach noch weniger. Aus all diesen Gründen verpaid sich der Antragsteller eine segensreiche Wirkung von der gezielten Festlegung von Mindestlöhnen. Gleichzeitig sollte auch eine Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden.

Von anderer Seite wurden erhebliche Bedenken gegen diese Vor schläge erhoben. Die Regelung der Arbeitszeit wurde als ein unbedürftbares lächerliches Anstehen zurückgewiesen, weil es die Regelung des Betters zur Voraussetzung hätte. Auch von der Erhöhung der Löhne verpaid man sich nichts. Die Landwirte würden dann für die ständigen Arbeiter Saisonarbeiter beschäftigen, mehr Maschinen verwenden oder die Weidewirtschaft ausdehnen. Als ein wirksames Mittel zur Milderung der Leutenot wurde eine durchreisende Landreform hingestellt.

Praktische Erfolge hat der Antrag im englischen Parlament nicht gehabt. Indessen die Landarbeiter sind doch dadurch aufgerüttelt worden. Sie regen sich bereits und versuchen durch die Organisation Besserung zu schaffen. Allerdings steht ihnen dabei als Hauptbegründungsgrund der Umstand entgegen, daß sie eben in Wirtschaften wohnen und bei jeder freieren Regelung Gefahr laufen, auf die Straße geworfen zu werden. Das ist auch der Grund, weshalb die Gutsbesitzer so zäh an System der „gebundenen“ Häuser festhalten.

Die Humboldt- Akademie zu Berlin hat, wie wir bereits in Nr. 70 mitgeteilt haben, besondere Vorlesungen für Arbeiter eingerichtet, deren Besuch wir nun angelegentlich empfehlen können. Jetzt hat sie ihr allgemeines Programm für das kommende Wintersemester veröffentlicht, das ebenfalls für die Arbeiter viel des Interessanten bietet. Die Vorlesungen erstrecken sich insbesondere auf das Gebiet der Naturwissenschaften, der Literatur und der Volkswirtschaft. Unsere Mitglieder machen wir auf folgende Vorlesungen besonders aufmerksam: Professor Dr. V. Stein: „Die Sozialphilosophie der Neuzeit“, Lübowstr. 84 d, Dienstag 6-7, Beg. 7. Oktober; Dr. Th. Sternberg: „Erdtungen, Körperverletzungen, Felleidigung und Duell“, Georgenstr. 30/31, Donnerstag 8-9, Beg. 9. Oktober und „Die Sittlichkeitsverbrechen“, Georgenstr. 30/31, Freitag 8-10, Beginn 10. Oktober; Dr. V. Stillich: „Staatsbürgerkunde“, Invalidenstr. 42, (Landwirtschaftliche Hochschule) Montag 8-9, Beginn 13. Oktober; „Einführung in die Nationalökonomie und Finanzwissenschaft“, Georgenstr. 30/31, Dienstag 8-9, Beginn 7. Oktober; Dr. F. Borchardt: „Allgemeine Nationalökonomie“, Georgenstr. 30/31, Mittwoch 8-10, Beginn 15. Oktober; Karl Schlich: „Kavital und Arbeit“ und „Sozialismus und soziale Bewegung“, Georgenstr. 30/31, Mittwoch 8-9 resp. 9-10, Beginn 8. Oktober; G. Schulze-Bahlke: „Die Eröberung der Luft“, Lübowstr. 84 d, Montag 8-10, Beginn 15. September; Dr.

E. Hennig: „Aus der Vergangenheit der Erde“, Geolog. palaeontolog. Institut, Museum für Naturkunde, N., Invalidenstr. 43, II, Donnerstags 8-9, Beginn 9. Oktober; Dr. N. Eichhorn: „Allgemeine Menschen- und Völkerverkundung“, Georgenstr. 30/31, Donnerstags 9-10, Beg. 9. Oktober; Dr. St. Girsch: „Zamariterfurnus“, Georgenstr. 30/31, Freitags 6-8, Beginn 10. Oktober.

Vorlesungsverzeichnisse und Sörerkarten sind im Hauptbureau der Humboldt-Akademie, Sturfsenstr. 166 (von 1-3 Uhr) und auch in unierem Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23, erhältlich.

### Gewertvereins-Zeil.

**Augsburg.** Von einer Reize zurückgekehrt, finden wir erst jetzt, daß sich die sozialdemokratische „Schwab. Volksztg.“ wieder einmal in sehr brüderlicher Weise der Gewertvereine annimmt. Zunächst war es dem Blatte und seinen Hintermännern anscheinend höchst unangenehm, eingesehen, daß ihre Statistiken sehr ungenau sind. Mühte sich doch die „Schwab. Volksztg.“ und auch die „Fränk. Tagespost“ dazu entschließen, eine Berichtigung von uns anzunehmen, das ist ein Zeichen, daß die Mitgliederzahl der Gewertvereine in Augsburg diesmal so hoch ist, als die sozialdemokratische Statistik zuerst angegeben hatte. Rechnerisch verhält es sich mit der Zahl der Ortsvereine in Bayern.

Nun wollen aber die „Genossen“ Zweifel in unsere Angaben schieben, bis wir ihnen Gelegenheit geben, eine Kontrolle vorzunehmen, wie die Beiträge bei uns eingegangen sind. Man sieht daraus, daß die Herren nicht an übermäßiger Bescheidenheit leiden. Da wir jedoch bei der Kontrolle nichts zu befürchten haben, wollen wir dieselbe gern gestatten, unter der Voraussetzung, daß auch uns dieselbe Kontrolle bei den „freien“ Gewertvereinen gestattet wird. Eins wollen wir jedoch schon heute bemerken: Mitglieder, die ein Jahr mit den Beiträgen im Rückstande sind, werden bei uns nicht mehr geführt, wie dies bei den sogenannten „freien“ Gewertvereinen der Fall ist; sonst wäre unsere Mitgliederzahl bedeutend höher. Also mal weg mit den Papierblättern auf der andern Seite, und der Unterschied in der Mitgliederzahl wird nicht mehr allzu groß sein!

Weiter ist es den „Genossen“ sehr unangenehm, daß sich die Gewertvereine ernstlich mit dem Plane beschäftigen, in Augsburg ein Arbeitersekretariat zu errichten. Wenn deshalb die „Schwab. Volksztg.“ schimpft wie ein altes Weibchen, ist nicht einmal davon zurückzudenken, einen Familienvater, der nebenbei gar nicht als Beamter für das Sekretariat in Frage kommt, zu demütigen, so beweist sie damit nur ihren Blinden daß gegen die Gewertvereine. Um die Mitglieder der Gewertvereine gegen ihre Führer aufzuheben, wird denselben Untertrüglichkeit untereinander vorgezogen. Wer bezieht die „Volksaufklärerin“, wer wird denn mit Steinen werfen, wenn er selbst im Wachsen sitzt? Wo findet man wohl eine größere Untertrüglichkeit als unter den führenden Personen der Sozialdemokratie? Wo schlägt man sich die Brillengläser in die Wangen? Wo bezieht man sich

des Meineids und des Verrates von geheimen Schriftstücken? Wo schlägt man sich mehr herum als unter den „Genossen“ in Augsburg? Damit für heute genug; im Bedarfsfall können wir noch deutlicher werden.

Stede also beim vertriebenen Schwert in die Scheide, edle Klassenkämpfer! Die schon so oft tot gejagten Gewertvereine werden weiter leben und vorwärts kommen, ihren Feinden zum Trutz und ihren Freunden zu Ruh. Nach wie vor werden sie bestrebt sein, in vernünftiger Weise für die Interessen der Arbeiter einzutreten und dabei mehr erreichen als die „Schwab. Volksztg.“ und ihre Hintermänner mit ihrem verwerflichen Bruderkampf und ihren überadulanten Phrasen. Joh. Nieger, Gewertvereinssekretär.

**Berlin.** Der Ortsverein der Kandidaten Berlin I hatte zahlreiche Einladungen ergehen lassen an die Berliner Fachkollegen zu einer Versammlung, welche am 9. September im Königsplatz-Kasino stattfand und auch statt besucht war. Nach Anhörung eines Referats des Kollegen Köhfeld über die Frage: „Wie verhalten wir uns zur Lohnbewegung?“ dem eine überaus ergiebige Diskussion folgte, fand nachstehende Resolution Annahme: „Die heute im Königsplatz-Kasino versammelten Kollegen des Ortsvereins der Kandidaten (S.-D.) fordern von ihrem Vorstande, daß er bei der kommenden Lohnbewegung Führung nimmt mit dem Zentralverbande der Bäcker und Kandidaten und bei allen Vorkommnissen und Abmachungen das Allgemeinwohl aller Kollegen im Auge behält.“ P. Johannes.

### Verbands-Zeil.

#### Versammlungen.

**Berlin.** Distriktsklub der Deutschen Gewertvereine (S.-D.). Verbandsbureau der Deutschen Gewertvereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 17. Sept., abends 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Lewin über: „Wertverhältnisse der Gewertvereine“. Gäste herzlich willkommen. **Gewertvereins-Liedertafel (S.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Liederkunde im Verbandsbureau d. Deutschen Gewertvereine (Grüner Saal). Gäste willk. **Sonntagsabend des 20. Septemder.** **Maschinenbau und Metallarbeiter I.** Abends 8 1/2 Uhr, Vert. mit Damen bei Gutzeit, Bergstraße 69. Lichtbildvortrag: Nordpol-Expedition. Nach dem Bildzitat. **Maschinenbau und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen im Nordwestkino, Alt-Neubau 55-56. Vortrag des Herrn Direktor Bauh über: „Bauerbestattung“. **Maschinenbau und Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Schöpphan, Tempelhofer Ufer 6. Geschäftliches. Monatsbericht. **Maschinenbau und Metallarbeiter VII.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen, Verbandsbureau 71. Monatsbericht. Vortrag über die Krankenversicherung. **Maschinenbau und Metallarbeiter VIII.** Abends 8 1/2 Uhr Greifswalderstr. 221-23. Anträge für die Bezirkskonferenz. Ergründung eines Jubilars. **Maschinenbau und Metallarbeiter II.** Abends 8 1/2 Uhr Brudstr. 36 a. Mitteilungen Monatsbericht. Bericht von der Kaufsch. Ausstellung in Leipzig. Sonntag, 21. Sept. Treffpunkt zur Beschäftigung des Flugplatzes nachm. 2 Uhr Eingang I. **Maschinenbau und Metallarbeiter XII.** Vert. am 20. Sept. fällt wegen des Herbstvergnügens aus. Montag, 22. Sept., Abends 8 1/2 Uhr Jubilarsabend bei Krul, Putzlerstraße 52.

### Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im Burghops Gesellschaftshaus, Bremen, Kellenstraße. **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanfen, Sandowstraße 49. **Deffau.** Gewertvereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr Liederk. I. Vereinst. „Fasan“, Marktstr. **Elberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Lützenstr. und Erholungsstr. **Essen - Ruhr (Ortsverband).** Sonntag, abds. 21. Sept., vormittags 10 Uhr Vorstand- und Vertreter-Sitzung im Verbandsbureau, Frohnhauserstr. 58. Tagesordnung dort. **Frankfurt a. O. (Gewertvereins-Liedertafel).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr Liederkunde im Vereinstokal, Nischstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! **Geisenkirch (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 7-9 Uhr, Distriktskunds im Sotal von G. Simon, Alter Markt. **Haaren b. Nachen.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Distriktsabend bei Sudewig. **Hamburg (Ortsverb.)** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bieghof“, Bogenstraße 2. Distriktsabend. **Hamburg (Gewertvereins-Liedertafel).** Jeden Donnerstag, Liederk. b. Thöner in Altona, Einheitsstr. 48-50. **Hermes (Ortsverb.)** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wllh. Rube, Bahnhofsstr. gegenüb. der evang. Kirche. **Hersfeld (Distriktsabend)** jeden 2. Mittwoch bei Gllpfe. **Hilse (Ortsverb.)** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-Sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. **Leipzig (Gewertvereins-Liedertafel).** Die Liederkunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinstokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Mitbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. **Mühlheim - Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 5 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Gombstraße 88. **Oldenburg (Ortsverband).** Sonntag, 21. Sept., nachm. 5 Uhr bei Gramberg am Markt. L.-D.: Beschäftigungswesen. Vortrag über die Bedeutung der Hirsch-Bunderrischen Gewertvereine. Ref.: Koll. Reichardt. Dr. Verschönerens. **Stettin (Sängerchor d. Gewertvereine).** Die Liederkunde finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Sotal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. **Stettin (Ortsverb.).** Distriktsklub, Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag 6. Winter i. Brehow. **Teigel (Distriktsklub für Teigel, Dorfgrawbe u. Reindorf).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Römer, Schleppestraße 28, Ecke Schneberggasse. **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Maurerstr. 62. **Wederkünde (Ortsverband).** Sonntag 21. September, nachm. 1 1/2 Uhr, Sitzung in Wederkünde, Deutsches Haus. **Weihenfeld a. S. (Sängerverein „Garnonier“ der Deutschen Gewertvereine).** Liederkunde jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinstokal, „Röbergarten“. Gesangliebende Gewertvereinskollegen sind willkommen. **Weihenfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntagsabend im Monat Distriktsklub in Herrnanns Garten. **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, Singkunds im Verbandslokal „Rheinthal“.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Erfurt (Ortsverb.). D. Schneypp, Schriftführer, Biersenstr. 40 III.

### Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Im Verlag des Verbandes der Deutschen Gewertvereine  
Berlin N. O. 55, Greifswalderstrasse 221/23  
erscheint in der zweiten  
Hälfte des Oktober  
die zweite Ausgabe des  
**Taschenbuchs für die deutschen Gewertvereine**  
1914.  
Herausgegeben unter Redaktion des Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt vom  
Verband der Deutschen Gewertvereine.  
**Preis 30 Pfennig.**  
Das Taschenbuch ist in festem Leinenband elegant gebunden, mit einem übersichtlichen Kalendarium und neben vielen belehrenden Aufsätzen auch mit dem Blatte des Vorstandes vom 1913 versehen. Um beurteilen zu können, wie gross die Auflage sein muss, bitten wir die Ortsvereinsausschüsse aller Gewertvereine, ihre Bestellungen noch im Laufe des Monats September zu machen. Jeder Gewertvereiner müsste es als seine Ehrenpflicht ansehen, sich in den Besitz des Taschenbuchs zu bringen. Für den vorwärtsstrebenden Gewertvereiner ist das Taschenbuch geradezu unentbehrlich! Der Inhalt des Buches ist vorzüglich geeignet, den Leser rasch zu informieren. Mit dem Taschenbuch in der Hand kann jeder Gewertvereiner für die Ausbreitung unserer Organisation erfolgreich wirken. Die Bestellungen können sowohl bei den Hauptvorständen als auch direkt in unserem Verbandsbureau gemacht werden.

**Rachgruß!**  
Am 10. September verschied nach langem schweren Leiden unter treuer Pflege, Wittgründer und langjähriges Vorstandsmitglied unseres Ortsvereins,  
**Ernst Kute**  
in seinem vollendeten 64. Lebensjahre. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter Chemnitz.

**Edin und Wälsheim a. Rh. (Ortsverb.).** Durchreisende erhalten Besichtigungskarten im Gewertvereinsbureau, Severinstr. 156.

**Sohenwälden (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen werden Besuch erhalten. Besichtigungskarte beim Kollegen Köhler, Nordstr. 10.

**Hirschau (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten ein Distriktsabend von 75 Pf. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

**Preusslan (Ortsverb.).** Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pf. Distriktsabend bei Dittmar, Bischerstr. 666.

**Für Feier**  
von  
**Stiftungsfesten, Mitgliedsjubiläen usw.**  
empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden zur Anschaffung:  
das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts  
**Dr. W. Girsch,**  
künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x58 cm groß, zum Preise von  
**15 Mk. portofrei.**  
Zum Wohnungsschmuck für Verbandskollegen sind noch vorrätig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck, 16x28 cm groß, zum Preise von 50 Pf.

Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer R. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-23 eingekandt werden.

**Kippstadt (Ortsverband).** An durchreisende Kollegen wird eine Unterstüfung von 75 Pf. gezahlt bei R. Zollwert, Bödenförderstraße.  
**Hilm a. D. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewertvereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstüfung beim Ortsvereinskassierer Greiner, Pfauenstraße 17.  
**Hachen (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mk. Refeurantierung in dem Arbeitersekretariat Hachen, Wälsbersteinweg 71.